

# Zweitveröffentlichung



Hoffmann-Lange, Ursula; Gille, Martina

## Jugend und politische Orientierung

Datum der Zweitveröffentlichung: 04.05.2023

Verlagsversion (Version of Record), Beitrag in Sammelwerk

Persistenter Identifikator: urn:nbn:de:bvb:473-irb-593298

## Erstveröffentlichung

Hoffmann-Lange, Ursula; Gille, Martina: Jugend und politische Orientierung. In: Handbuch Jugend : evangelische Perspektiven. Kaiser, Yvonne; Spenn, Matthias; Freitag, Michael; Rauschenbach, Thomas; Corsa, Mike (Hg). Opladen : Budrich, 2013. S. 130-135.

## Rechtehinweis

Dieses Werk ist durch das Urheberrecht und/oder die Angabe einer Lizenz geschützt. Es steht Ihnen frei, dieses Werk auf jede Art und Weise zu nutzen, die durch die für Sie geltende Gesetzgebung zum Urheberrecht und/oder durch die Lizenz erlaubt ist. Für andere Verwendungszwecke müssen Sie die Erlaubnis des/der Rechteinhaber(s) einholen.

Für dieses Dokument gilt eine Creative-Commons-Lizenz.



Die Lizenzinformationen sind online verfügbar:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode>

*Martina Gille und Ursula Hoffmann-Lange*

## Jugend und politische Orientierung

Demokratie lebt von einer aktiven Bürgerschaft. Interesse wie auch Teilnahme am öffentlichen und politischen Leben müssen von jeder Generation neu erworben werden. Die Ergebnisse sozialwissenschaftlicher Jugendstudien werden daher immer auch unter dem Gesichtspunkt interpretiert, ob sich Anzeichen für grundlegende Veränderungen im Verhältnis von Jugend und Politik erkennen lassen.

Insbesondere wenn junge Menschen durch spektakuläre politische Aktionen Aufmerksamkeit erregen, besteht ein großes öffentliches Interesse an Erklärungen. Dann wird regelmäßig gerätselt, ob es sich bei solchen Ausbrüchen jugendlichen Protests um jugendlichen Überschwang, um eine kurzfristige Reaktion auf ein aktuelles politisches Ereignis oder aber um ein Anzeichen für eine dauerhafte Veränderung im politischen Verhalten der jungen Generation handelt.

Damit ist bereits eine grundlegende Frage angesprochen, die bei Vergleichen verschiedener Altersgruppen berücksichtigt werden muss, nämlich ob es sich bei den gefundenen Unterschieden um Lebenszyklus-, Generationen- oder Periodeneffekte handelt. Im Falle eines *Lebenszykluseffekts* sind die Unterschiede in erster Linie darauf zurückzuführen, dass sich junge Menschen anders verhalten, einfach weil sie jung sind. Beispielsweise befinden sich aufgrund der Bildungsexpansion der letzten Jahrzehnte heute junge Menschen erheblich länger in Ausbildungsinstitutionen. Dies bleibt nicht ohne Auswirkungen auf die politischen Orientierungen in der Jugendphase. Nicht zuletzt bringt es eine erheblich längere Freisetzung von gesellschaftlichen Zwängen mit sich. Die dadurch bedingte längere Beschäftigung mit ideellen Bildungsinhalten begünstigt eine kritischere Einstellung gegenüber überkommenen gesellschaftlichen und politischen Strukturen (vgl. Eckert 1990), die mit dem Eintritt in das Berufsleben und der Familiengründung aber meist einer pragmatischeren Haltung gegenüber der Politik weicht. Die Entwicklung eigenständiger – auch politischer – Jugendkulturen und Aktionsformen sind in diesem Sinne als jugendspezifische und damit lebenszyklische Erscheinungen zu verstehen.

In den vergangenen Jahrzehnten haben sich jedoch auch Entwicklungen in den politischen Orientierungen vollzogen, die sich zwar zunächst in der jungen Generation manifestiert haben, jedoch Teil eines grundlegenden Wandels im Verhältnis der Bürger zur Politik sind (*Generationeneffekt*). Da politische Orientierungen sich über die Jahre verfestigen und im Erwachsenenalter kaum mehr verändern, vollzieht sich ein solcher Wandel graduell und wird primär von den nachwachsenden Alterskohorten getragen. Hierzu gehören z.B. der Rückgang in der Wahlbeteiligung, die Abnahme der Mitgliederzahlen von Parteien und (Jugend-)Verbänden sowie die Zunahme der Wechselwahl.

Der *Periodeneffekt* bezieht sich schließlich auf Veränderungen durch gesellschaftliche Entwicklungen oder historische Ereignisse, die sich nicht auf die Angehörigen der jungen Generation beschränken, sondern alle Altergruppen erfassen, wenn auch

nicht unbedingt in gleicher Weise. Als Beispiel hierfür kann die deutsche Vereinigung dienen. Während diese sich auf die Lebenssituation der mittleren Generation der ehemaligen DDR-Bewohner/-innen zunächst eher problematisch auswirkte, eröffnete sie der jungen Generation vorher für unvorstellbar gehaltene Entwicklungsmöglichkeiten. Gesellschaftlicher Wandel beeinflusst zwar nicht nur die politischen Orientierungen junger Menschen. Junge Menschen reagieren auf Veränderungen in Gesellschaft und Politik jedoch insofern sensibler, als ihre Haltungen zur Politik und den politischen Akteuren noch nicht so gefestigt sind wie die der Erwachsenen.

Die genannten Beispiele zeigen, dass sich Lebenszyklus-, Generationen- und Periodeneffekte in der Praxis überlagern und die Ursachen für Unterschiede zwischen den Generationen fast immer aus einer Kombination aller drei Effekte resultieren. Erst wiederholte Untersuchungen über längere Zeiträume, die sich zudem nicht auf Jugendliche beschränken, sondern auch Vergleichsdaten für die Erwachsenen umfassen, ermöglichen es, diese Effekte einigermaßen verlässlich zu trennen.

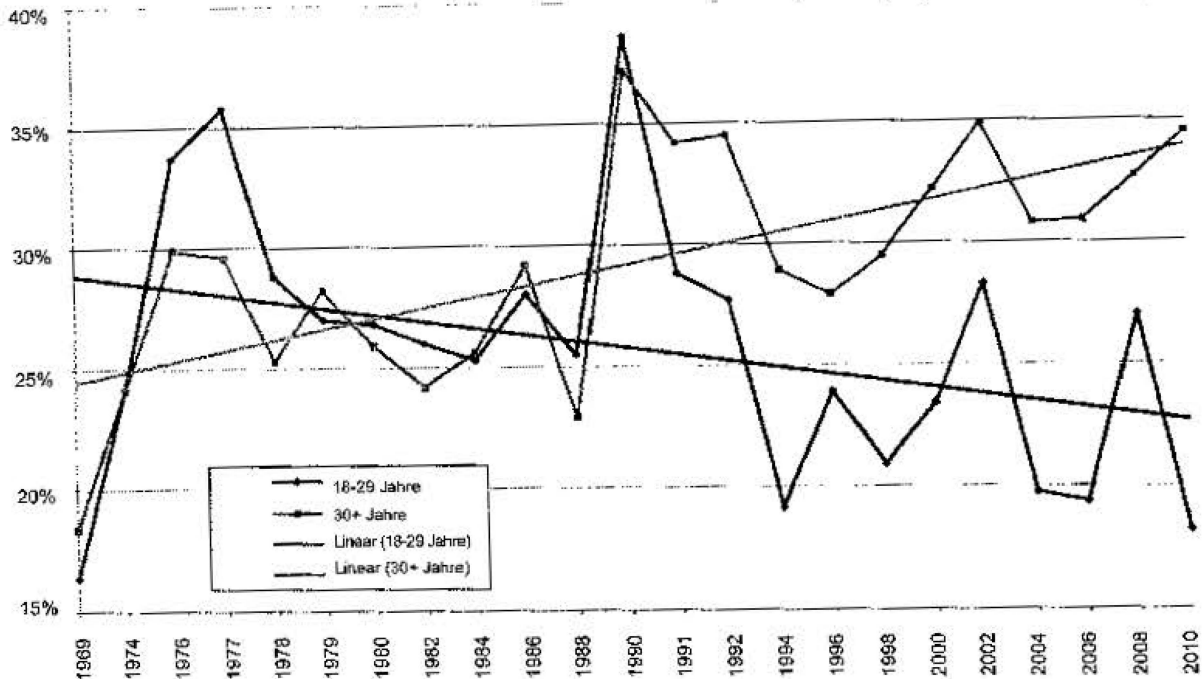
Ronald Ingleharts Analysen haben gezeigt, dass sich seit den 1960er Jahren ein Wertewandel vollzogen hat, der fundamentale Auswirkungen auf die politischen Orientierungen gehabt und sich im Zuge des intergenerationellen Wandels zunehmend weiter verbreitet hat (vgl. u.a. Inglehart 1997). Dieser Wertewandel lässt sich auf die Differenzierung der Berufsstrukturen, die Bildungsexpansion, die Auflösung festgefügtter Klassenstrukturen und eine höhere soziale Mobilität zurückführen. Die politischen Orientierungen und das politische Verhalten der jungen Generation werden weniger stark als früher durch die soziale Herkunft geprägt, sondern sind zu einer Angelegenheit individueller Entscheidungen geworden. Dementsprechend lassen sie sich nicht mehr durch Rückgriff auf wenige sozialstrukturelle Merkmale wie Klassenzugehörigkeit und Religion erklären. Auch wenn diese Faktoren für die Älteren ihre Bedeutung behalten haben, sind für die Jüngeren vorrangig persönliche Lebenserfahrungen prägend. Insbesondere die Bildungsexpansion hat bei ihnen den Wunsch nach einer selbstbestimmten Lebensführung und das persönliche Selbstbewusstsein gestärkt (vgl. Gille 2008a), was auch Auswirkungen auf die Einstellungen gegenüber sozialen und politischen Autoritäten hat. Nicht nur hat deren Vorbildrolle gelitten, sondern ihre Entscheidungen werden zunehmend infrage gestellt. Inglehart hat diese Entwicklung auf die griffige Formel gebracht, es sei ein Übergang von der Unterordnung zur Infragestellung von Autoritäten zu beobachten.

## Politisches Interesse

Repräsentative Bevölkerungsumfragen in den alten Bundesländern auf der Basis einer bis 1969 zurückreichenden Zeitreihe zeigen, dass das politische Interesse in den Altersgruppen der 18- bis 29-Jährigen sowie der ab 30-Jährigen zwischen 15% und fast zwei Fünfteln schwankt und für die Altersgruppe ab 30 Jahren einen schwach positiven Trend aufweist. Gleichzeitig ist seit Beginn der 1990er Jahre ein zunehmender Alterseffekt erkennbar. Während die Unterschiede zwischen den beiden Altersgruppen zunächst nicht sehr ausgeprägt waren, zeigt der Verlauf der beiden Trendlinien, dass sich zwischen ihnen nach 1990 eine Schere geöffnet hat. In Verbindung mit zahlreichen anderen Ergebnissen, z.B. der überproportionalen Abnahme der Wahlbeteiligung in der jungen Generation, deutet dies auf eine zunehmende Distanz der nachwachsenden Ge-

neration zur Politik hin. Dabei sind die kurzfristigen Schwankungen aber so stark, dass die für einzelne Jahre ermittelten Werte nur Momentaufnahmen darstellen.

*Abbildung 1:* Entwicklung des politischen Interesses der 18- bis 29-Jährigen im Vergleich zu den Älteren in den alten Bundesländern (Anteil der Befragten mit großem politischem Interesse)



Quelle: Bundestagswahlstudie 1969; Political Action 1974; ZUMA Standarddemographie 1976–1979; ALLBUS 1980–2010 (gewichtet)

Das politische Interesse unterliegt darüber hinaus auch einem beträchtlichen lebenszyklischen Effekt. Die Daten des AID:A-Surveys (AID:A = Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten) des Deutschen Jugendinstituts (DJI) von 2009 zeigen eine Zunahme des Anteils der an Politik Interessierten von der späten Kindheit bis ins Erwachsenenalter: Bei den 13- bis 15-Jährigen beträgt der Anteil 17% und steigt dann kontinuierlich an. Bei den 18- bis 20-Jährigen liegt der Anteilswert bereits bei 31% und erreicht bei den 30- bis 32-Jährigen schließlich 38%. Aber mit dem dritten Lebensjahrzehnt ist die Entwicklung des politischen Interesses noch nicht abgeschlossen. Das höchste politische Interesse zeigt sich in den Altersgruppen der 45- bis 74-Jährigen, wenn man das politische Interesse für die Gesamtbevölkerung ab 18 Jahren anhand des ALLBUS 2010 (ALLBUS=Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften) betrachtet. Auch das Geschlecht übt einen nicht unbeträchtlichen Einfluss auf das politische Interesse aus. Trotz Bildungsexpansion, von der die Frauen überproportional profitiert haben, liegt bei gleichem Bildungsniveau das politische Interesse der Mädchen unterhalb dem der Jungen. Dabei ist diese Geschlechterdifferenz mit 23 Prozentpunkten in der obersten Bildungsgruppe (Fachabitur/Abitur) im Vergleich zu den anderen Bildungsgruppen am größten – allerdings auf einem hohen Niveau des politischen Interesses: 50% der Jungen und 27% der Mädchen dieser Bildungsgruppe sind sehr stark oder stark politisch interessiert. Für die unterste Bildungsgruppe (ohne Abschluss oder

Hauptschulabschluss) betragen diese Anteilswerte 19% bzw. 10%. Diese Unterschiede haben sich über die Zeit kaum eingeebnet und sind mit geschlechtsspezifisch unterschiedlichen Interessenprofilen verbunden, die den tradierten Geschlechterrollen entsprechen (vgl. Gille 2008b).

Den stärksten Einfluss auf das politische Interesse hat jedoch das formale Bildungsniveau. Im AID:A-Survey gaben nur 16% der befragten 13- bis 32-Jährigen mit Hauptschulabschluss, aber 38% derjenigen mit (Fach-)Abitur an, sich sehr für Politik zu interessieren. Die Bildungsexpansion hat aber nicht wie erhofft zu einer kräftigen Zunahme des politischen Interesses bei den jüngeren Kohorten geführt. Der früher sehr große Vorsprung der Befragten der höchsten Bildungsgruppe gegenüber den beiden niedrigeren hat sich stattdessen deutlich vermindert (vgl. Hadjar/Becker 2006). Insbesondere weisen jedoch die Jugendlichen mit einem nur grundständigen Bildungsabschluss heute ein deutlich niedrigeres politisches Interesse auf als früher. Allerdings lässt sich nicht ausschließen, dass sich aufgrund der verlängerten Bildungswege auch das politische Interesse im Lebensverlauf langsamer entwickelt als dies früher der Fall war und seinen Höchstwert daher erst mit über 30 Jahren erreicht. Hierauf deutet die positive Trendlinie für die höhere Altersgruppe hin.

## Politische Beteiligungsbereitschaften

Die repräsentative Wahlstatistik, für die das Wählerverhalten nach Altersgruppen und Geschlecht ermittelt wird, zeigt bereits seit Mitte der 1980er Jahre einen überproportionalen Rückgang der Wahlbeteiligung in den beiden jüngsten Altersgruppen, die für Bundestagswahlen bei den 18- bis 20-Jährigen um knapp 10% und bei den 21- bis 24-Jährigen um 12% unter der der Gesamtwählerschaft liegt. Bei Landtags-, Kommunal- und Europawahlen sind die Unterschiede teilweise noch ausgeprägter. Es wäre allerdings falsch, daraus zu schließen, dass die Beteiligung an Wahlen von jungen Leuten gering geschätzt wird. Vielmehr liegt in allen DJI-Surveys seit 1992 der Anteil der Befragten im Alter von 16 bis 29 Jahren, die die Teilnahme an Wahlen für eine wichtige Möglichkeit politischer Einflussnahme halten, bei über 90%. Insofern zeigt die rückläufige Wahlbeteiligung in erster Linie, dass die Vorstellung, Wählen sei eine Bürgerpflicht, abgenommen hat.

*Tabelle 1:* Politische Teilnahme: Bereitschaften und Aktivitäten (in %)

	Kommt in Frage	Bereits gemacht
Sich an Wahlen beteiligen	94	87
Beteiligung an einer Unterschriftensammlung	87	75
Teilnahme an einer genehmigten Demonstration	65	43
Sich in Versammlungen an öffentlichen Diskussionen beteiligen	53	34
Aus politischen, ethischen oder Umweltgründen Waren boykottieren oder kaufen	51	37
Sich an einer Online-Protestaktion beteiligen	50	25
Mitarbeit in einer Bürgerinitiative	39	5
In einer Partei aktiv mitarbeiten	22	4
Teilnahme an einer nicht genehmigten Demonstration	20	7

Quelle: Gaiser/Gille 2011, basierend auf AID:A – DJI-Survey 2009 (gewichtet), 18- bis 29-Jährige, N=6.454

Tabelle 1 weist fast durchweg eine große Diskrepanz zwischen politischen Beteiligungsbereitschaften und tatsächlicher Beteiligung aus. Auf der Basis der in Umfragen gemessenen Beteiligungsbereitschaften kann man aber nicht darauf schließen, es gebe ein großes Potenzial, das bei geeigneten Mobilisierungsbemühungen leicht zu dauerhaftem politischem Engagement zu bewegen sei. Denn die Umsetzung solcher Verhaltensbereitschaften kollidiert mit anderweitigen Verpflichtungen und Freizeitaktivitäten. Insbesondere die Entscheidung für ein dauerhaftes politisches Engagement in politischen Parteien oder anderen Organisationen ist schon immer Sache einer Minderheit gewesen.

Seit den 1960er Jahren hat sich zudem neben den politischen Parteien und den etablierten Großorganisationen wie Kirchen, Gewerkschaften und anderen Verbänden eine Vielzahl neuer, organisatorisch weniger verfestigter Gruppierungen herausgebildet, die den *Neuen Sozialen Bewegungen* zuzurechnen sind. Diese reichen von Stadtteilinitiativen bis hin zu global agierenden Netzwerken wie ATTAC. Solche Gruppierungen sind nichts grundsätzlich Neues, aber ihre Zahl hat sich vervielfacht und bietet vor allem jungen Menschen eine Vielzahl von alternativen (politischen) Beteiligungsmöglichkeiten. Gerade für Jugendliche ist der auf konkrete Ziele und Aktionen orientierte Charakter dieser Gruppierungen attraktiver als die Mitarbeit in formalen Großorganisationen. Der Anteil der in solchen informellen Gruppen Aktiven liegt mit etwa 17% in der Altersgruppe der 13- bis 32-Jährigen ähnlich hoch wie der Anteil derjenigen, die in Vereinen (mit Ausnahme von Sportvereinen) oder bei Freiwilliger Feuerwehr, THW oder DLRG aktiv sind (vgl. Gaiser/Gille 2011). Da die meisten Neuen Sozialen Bewegungen gesellschaftliche und meist auch explizit politische Ziele verfolgen, lässt sich daher konstatieren, dass die heutige junge Generation politisch aktiver ist als frühere Generationen, auch wenn die Mitarbeit in diesen Gruppen sich häufig auf die Teilnahme an einzelnen Aktionen beschränkt. Dabei ist diese Form der Beteiligung innerhalb der untersuchten Altersspanne von 13 bis 32 Jahren für alle Altersgruppen gleichermaßen bedeutsam: 13- bis 15-Jährige sind hier mindestens genauso aktiv wie 30- bis 32-Jährige.

Gegenüber früheren Studien hat vor allem die *politische Protestbereitschaft* zugenommen. Die Political-Action-Studie von 1974 (vgl. Barnes/Kaase u.a. 1979) zeigte erstmals die gegenüber den politisch ruhigen 1950er und 1960er Jahren deutlich gestiegene Bedeutung nicht-verfasster Partizipationsformen in den etablierten Demokratien auf. In der alten Bundesrepublik gaben damals lediglich 11% der befragten 15- bis 17-Jährigen und 18% der 18- bis 29-Jährigen an, bereits an einer genehmigten Demonstration teilgenommen zu haben, bei den Älteren waren es nur 7%. Diese Anteile sind seitdem stark gestiegen. Da im DJI-Jugendsurvey 2003 eine breitere Altersgruppe von 12 bis 29 Jahren befragt wurde, lässt sich für dieses Jahr auch die Entwicklung der Demonstrationsteilnahme über verschiedene Altersgruppen hinweg verfolgen. Die Daten zeigen dabei ähnlich wie beim politischen Interesse eine lineare Zunahme von 19% bei den 12- bis 15-Jährigen auf 38% bei den 27- bis 29-Jährigen. Bis 2009 nahm der Anteil dann nochmals auf nunmehr 43% bei den 18- bis 29-Jährigen zu. Zwar billigt nur eine kleine Minderheit illegale Aktionen und politische Gewalt, die Bereitschaft zum politischen Protest bis hin zu zivilem Ungehorsam ist aber beträchtlich und wird von der heutigen jungen Generation ohne zu Zögern in Anspruch genommen.

Die gestiegene Protestbereitschaft ist kein rein deutsches Phänomen, sondern lässt sich in allen postindustriellen Demokratien beobachten. Für die politischen Parteien ist es daher schwieriger geworden, die zunehmend fragmentierten Interessen moderner

Gesellschaften zu aggregieren und Unterstützung für ihre politischen Ziele zu mobilisieren (vgl. Rosanvallon 2008). Da Protest keine Einigung auf Alternativen erfordert, ist es demgegenüber leichter, Protestaktionen zu organisieren. Diese Diagnose wird durch die weiter oben genannten Überlegungen Ronald Ingleharts sowie durch Russell Daltons (2006) empirische Analysen gestützt. Solche Protestaktivitäten richten sich allerdings nur selten gegen die demokratische Ordnung als solche, sondern meist gegen konkrete Regierungsentscheidungen, d.h. sie verfolgen eher pragmatische Ziele. Insofern handelt es sich bei der Zunahme des politischen Protestpotenzials in der jungen Generation um eine grundlegende Veränderung der politischen Orientierungen, die sowohl lebenszyklisch bedingt als auch Folge der veränderten Einstellungen gegenüber (politischen) Autoritäten ist und im Zuge des generationellen Wandels in Zukunft eher noch zunehmen dürfte.

## Literatur

- Barnes, Samuel H./Kaase, Max u.a. (1979): Political action. Mass participation in five western democracies. Beverly Hills: Sage Pub.
- Dalton, Russell J. (2006): Citizen politics. Public opinion and political parties in advanced industrial democracies. Washington, D.C.: CQ Press.
- Eckert, Roland (1990): Selbsterfahrung und Gesellschaftsveränderung. Die Faszination neuer sozialer Bewegungen. In: Eckert, Roland u.a.: Lebensverhältnisse Jugendlicher. Zur Pluralisierung und Individualisierung der Jugendphase. Weinheim/München: Juventa, S. 1–80.
- Gaiser, Wolfgang/Martina Gille (2011): Soziale und politische Partizipation. In: Bien, W./Rauschenbach, Th. (Hrsg.): Aufwachsen in Deutschland. AID:A – der neue DJI-Survey. Weinheim/Basel: Beltz Juventa, S.136–159.
- Gille, Martina (2008a): Umkehr des Wertewandels? Veränderungen des individuellen Werteraums bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen seit Beginn der 1990er Jahre. In: Gille, M. (Hrsg.): Jugend in Ost und West seit der Wiedervereinigung. Wiesbaden: VS Verlag, S. 119–172.
- Gille, Martina (2008b): Wandel des Rollenverständnisses junger Frauen und Männer im Spannungsfeld von Familie und Beruf. In: Gille 2008a, S. 173–210.
- Hadjar, Andreas/Becker, Rolf (2006): Bildungsexpansion und Wandel des politischen Interesses in Westdeutschland zwischen 1980 und 2002. In: Politische Vierteljahresschrift 47, 1, S. 12–34.
- Inglehart, Ronald (1997): Modernization and postmodernization. Cultural, economic, and political change in 43 societies. Princeton, NY: Princeton Univ. Press.
- Rosanvallon, Pierre (2008): Counter-democracy. Politics in an age of distrust. Cambridge: Cambridge Univ. Press.